

Polen: Kunstaktion gegen katholisch geprägte Homophobie

Der Innenminister lobt Polizeiaktionen und die Anklage gegen eine Aktivistin, die von der katholischen Kirche angegriffenen LGBTI beistehen wollte.

Der Kulturkampf um LGBTI-Rechte in Polen wird immer bizarrer: In Warschau wurde am Montag eine 51-jährige regierungskritische Aktivistin festgenommen, der vorgeworfen wird, ein Bild erstellt und verbreitet zu haben, das die Jungfrau Maria und das Jesuskind auf einem ikonischen Bild mit einem Regenbogen-Heiligenschein statt einem goldenen zeigt.



Das Original-Bild "Schwarze Madonna von Tschenstochau" gilt in Polen als nationales Symbol und in einer restaurierten Fassung im Kloster Jasna Góra als heiligste Reliquie des Landes. Elzbieta Podlesna wird nun vorgeworfen, mit der Regenbogenversion Gefühle von Gläubigen verletzt und ein religiöses Objekt missbraucht zu haben. Der entsprechende Strafrechtsparagraf sieht eine Geldstrafe oder Haft bis zu zwei Jahren vor.

Laut Medienberichten hatten am frühen Morgen sechs Polizeibeamte die Wohnung der regierungskritischen Aktivistin durchsucht, mehrere Regenbogen-Marienbilder und elektronische Geräte samt Smartphone beschlagnahmt und Podlesna festgenommen. Während Gerüchte über die Festnahme die Runde machten und viele Menschen in sozialen Netzwerken trotzig das Bild teilten, wurde die Aktivistin zu einer Wache in die 100 Kilometer entfernte Stadt Plock gebracht, wo sie die Bilder verteilt haben soll, und für fünf Stunden verhört. Nachdem sie sich schuldig bekannt habe, sei sie freigelassen worden.

Nun folgt eine Anklage, wie Innenminister Joachim Brudzinski ankündigte. Der Politiker der Regierungspartei PiS schrieb auf Twitter, die Polizei habe eine seit mehreren Tagen geplante Hausdurchsuchung wegen der "Entweihung" des Bildes durchgeführt, nachdem sich die Person zuvor im Ausland befunden habe (für eine Vortragsreihe von Amnesty International, das die Festnahme kritisierte, zur Lage in Polen war Podlesna durch die Niederlande und Belgien gereist). "Keine Fantasie über Freiheit und 'Toleranz' gibt jemand das Recht, die Gefühle von Gläubigen zu verletzen", so Brudzinski, der im letzten Jahr bereits Ermittlungen gegen CSD-Teilnehmer in Tschenstochau angekündigt hatte, die eine Fahne des polnischen Staatswappens in Regenbogenfarben zeigten.

Marienbild war Reaktion auf Homophobie der Kirche

Die Regenbogen-Version der Schwarzen Madonna war vom 26. auf den 27. April rund um eine Kirche in Plock plakatiert und als Flyer verbreitet worden. Anlass war ein Konflikt wenige Tage zuvor an Ostern: In einer österlichen Tradition, Begriffe von Sünden rund um das Jesu-Grab zu befestigen, waren laut queer.pl in mindestens drei katholischen Kirchen in Polen neben "Gier", "Stolz" oder "Lüge" auch Begriffe wie "LGBT" oder "Gender" angebracht worden.

So auch in der Kirche St. Maximilian Kolbe in Plock. "Haltet uns vom Feuer des Unglauben ab", lautete hier die Überschrift über dem Kreuz zu den Begriffen drumherum. Als zwei LGBT-Aktivisten eine Regenbogenflagge unter das Kreuz legten, kam es zu einem Wortgefecht und dann einem Handgehemme mit dem Priester, der die Aktivisten als "pervers" beschimpfte und versuchte, ihnen die Speicherkarte der Kamera zu entwenden.

Daraus entwickelte sich eine grössere Debatte über Religionsfreiheit und Ausgrenzung, eine Beobachtungsstelle gegen Rassismus und Antisemitismus bezeichnete die Kirchen-"Kunst"-Aktion etwa als Hass. In einem von Podlesna bei Facebook verbreiteten Zeitungsinterview bekannten sich mehrere Warschauer Aktivisten anonym zu den Marienbildern, die Protest gegen die "Stigmatisierung nicht-heteronormativer Personen durch den Klerus" sein sollten. Es dürfe nicht sein, dass Kirche und Staat "imaginäre Feinde unter den Bürgern" ausmachten und angingen. Unter den Aktivisten befanden sich Gläubige, die sich nicht durch das Marienbild, sondern die Homophobie der Kirche verletzt fühlten. Man setze darauf, dass "das von Minister Brudzinski mobilisierte Ministerium" die Aktivisten ausfindig mache, um die Debatte vertiefen zu können.

In sozialen Netzwerken zur grössten Verteidigerin des Priesters wurde Kaja Godek, eine ultrareligöse Aktivistin und Kandidatin eines zur Europawahl gegründeten Parteienbündnisses, das über ein derzeit im Parlament vertretenes Mitglied Teil der Fraktion "Europa der Freiheit und der direkten Demokratie" ist, in der Jörg Meuthen die AfD vertritt. Sie gehörte zu den ersten, die die Marienbilder skandalisierte, in sozialen Netzwerken zugleich selbst weiterverbreitete und auch Ermittlungen forderte.

Damit nicht genug, hielt Godek am Montag auch mit weiteren rechten und christlich-fanatischen Aktivist*innen unter dem Logo des Parteienbündnisses eine Mahnwache unter dem Titel "Stoppt Abweichungen" vor einer Schule in Plock ab. Darin forderte sie – zeitgleich zur Vernehmung der Marienbild-Künstlerin durch die Polizei – die Entlassung einer Lehrerin, die am Kirchenprotest beteiligt war. Plakate zeigten volksverhetzende Aussagen und entsprechende Bebilderungen zu "Sodomie" oder einen angeblich erhöhten Missbrauch durch Schwule, während Redner einen Stop der von der "Homo-Lobby" erzwungenen "Gender-Ideologie" im Unterricht forderten.

Zu dem volksverhetzenden Protest war vom Innenminister am Montag auf Twitter nichts zu hören. Das ist wohl kein Zufall: Seitdem Warschaus Bürgermeister Rafal Trzaskowski kürzlich eine Erklärung unterzeichnete, mit der sich die Stadt unter anderem zu umfassender und LGBTI-inklusive Sexualaufklärung an Schulen verpflichtet, hat die Partei "Recht und Gerechtigkeit" einen AfD-artigen Kampf gegen LGBTI-Rechte zu einem ihrer wichtigsten Wahlkampfthemen gemacht. So warnte Parteichef Jaroslaw Kaczynski vor wenigen Tagen, die "LGBT- und Gender-Bewegung" bedrohe "unsere Identität und unsere Nation". Wenige Wochen vor Ostern hatte bereits die polnische Bischofskonferenz eine ähnlich drastische Warnung veröffentlicht.

queer.de / 8.5.2019